

Bonner Spitzentreffen lehnt Provisionsverbote ab - Vermittler fordern Reformen statt Überregulierung



Michael H. Heinz

© BVK Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V

Die deutsche Vermittlerschaft, die am 28. September zum 19. Bonner Spitzentreffen zusammenkam, wendet sich vehement gegen staatliche Eingriffe in ihre Vergütungen, wie sie im Rahmen der EU-Kleinanlegerstrategie erwogen werden. „Nur durch intensive Interessenvertretung in Brüssel ist es gelungen, die EU-Kommissarin zu einer weitgehenden Abkehr von diesen Plänen zu bewegen“, erklärt BVK-Präsident Michael H. Heinz. Der BVK werde sich im anstehenden Trilogverfahren weiterhin für wichtige Klarstellungen für Makler und Exklusivvermittler einsetzen.

Die Kernforderung der „[Bonner Erklärung](#)“ mit dem Titel „[Provisionsberatung auf dem Prüfstand – ist die Altersvorsorge gefährdet?](#)“ lehnt Provisionsverbote weiterhin ab. Diese wurde vom Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK), der Vorsitzenden der Vertretervereinigungen und der Vorstände des Arbeitskreises Vertretervereinigungen der Deutschen Assekuranz e. V. (AVV) verabschiedet und repräsentiert damit die Position von 40.000 Vermittlerinnen und Vermittlern in Deutschland.

Das Bonner Spitzentreffen fordert angesichts der Bewährungsprobe der EU nun Vergütungsreformen durch die Versicherungsunternehmen und Vertriebe unter Wahrung einer auskömmlichen Vergütung für Vermittler.

Zudem wird eine zügige Reform der privaten Altersvorsorge begrüßt, bei der die anstehenden Reformen weiterhin konstruktiv vom BVK begleitet werden.